

PiS schafft Fakten

21. Dezember 2015

MACHTDEMONSTRATION DER NEUEN POLNISCHEN REGIERUNG

www.kas.de/polen

Gut einen Monat nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS) ist es Zeit für eine erste Bestandsaufnahme des politischen Handelns seit der Wahl.

Am 16. November 2015 wurde die neue polnische Regierung von Staatspräsident Andrzej Duda im Amt vereidigt. Zuvor hatte das Parteienbündnis aus PiS, Polska Razem (Polen Zusammen, PR) und Solidarna Polska (Solidarisches Polen, SP) in den Parlamentswahlen Ende Oktober mit 235 von 460 Sitzen im Sejm die absolute Mehrheit errungen. Es ist das erste Mal seit dem Ende des Kommunismus in Polen, dass eine Regierung ohne Koalitionspartner und mit absoluter Mehrheit regiert. Die noch während des Wahlkampfes geweckte Hoffnung, die PiS habe sich zu einer moderaten Zentrumsparterie mit einem neuen Gesicht – repräsentiert durch die Spitzenkandidatin Beata Szydło – gewandelt, wurde direkt nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte enttäuscht. Umfassende Maßnahmen zum Ausbau der Macht in den Bereichen der Sicherheitspolitik, der öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Judikative wurden angekündigt oder vorgenommen, um dort den Einfluss der regierenden Partei zu sichern. Insbesondere die Novelle zur Besetzung des Verfassungsgerichts vom 19. November sowie die Missachtung der darauffolgenden Urteile des Verfassungsgerichts, haben national wie international für Kritik gesorgt. Innerhalb von nur wenigen Wochen hat die neue Regierung Polen auf den Weg zu einer Verfassungskrise geführt, und die Regierungspartei muss sich fragen lassen, wie

sie ihr Verhältnis zum Rechtsstaat definiert.

Die neue Regierung

Das am 16. November zusammengetretene Kabinett besteht aus der Premierministerin, Beata Szydło, sowie 23 weiteren Ministern. Der Ministerrat setzt sich wie folgt zusammen: die PiS stellt 19 Minister, die PR drei Minister und die SP zwei Minister. Unter den 24 Ministern sind vier Mitglieder, die bereits Kaczyńskis früherer Partei Porozumienie Centrum (Verständigung Zentrum, PC) angehörten, sowie sieben Minister, die an der ersten PiS-Regierung von 2005 – 2007 beteiligt waren. Im Vorlauf der Kabinettsbildung kam es zu einer Machtprobe innerhalb des Parteienbündnisses, in der die designierten Minister um die Aufteilung der Ressorts rangen. Insbesondere die Besetzung des Postens des Verteidigungsministers mit Antoni Macierewicz ist Ausdruck für das Fortbestehen der alten PiS-Strukturen innerhalb der neuen Regierung, in deren Zentrum der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, steht. Der interne Machtkampf wurde umso deutlicher, als die Listenmitglieder Zbigniew Ziobro und Mariusz Błaszczak die Rolle der Premierministerkandidatin öffentlich in Frage stellten und diese somit marginalisierten. Eine von manchen Beobachtern und der Opposition erwartete Rochade zwischen Beata Szydło und dem Parteivorsitzenden der PiS fand jedoch nicht statt.

(Eine Übersicht über die Mitglieder der neuen Regierung findet sich im Anhang dieses Berichts.)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. CHRISTIAN SCHMITZ
MICHAEL QUAAS

21. Dezember 2015

Der „Vertrag mit den Polen“

In der in Polen Exposé genannten Regierungserklärung schloss Premierministerin Szydło am 18. November einen „Vertrag mit den Polen“ ab, dessen eindeutiger Schwerpunkt die Sozialpolitik ist. Daneben präsentierte sie Vorhaben in den Bereichen der Wirtschafts-, Bildungs- und Verteidigungspolitik.

Szydło erklärte, die wichtigsten Hauptziele für die kommenden vier Jahre seien: „Erstens Entwicklung, zweitens Entwicklung, drittens Entwicklung.“ Die im Wahlkampf propagierten Versprechen, wie die Einführung eines Kindergeldes von 500 PLN (etwa 120€) pro Kind für Familien mit mehr als einem Kind und für geringverdienende Familien bereits ab dem ersten Kind, die Garantie der Energiesicherheit unter besonderer Berücksichtigung der heimischen Braun- und Steinkohleförderung sowie die Erhöhung der Renten bei gleichzeitiger Absenkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre für Männer und auf 60 Jahre für Frauen, wurden im Exposé Szydłos wieder aufgegriffen. Weiterhin kündigte sie ein sozialeres Gesundheitssystem, einen besseren Zugang zu Kindergärten und Reformen im Steuerwesen an. Mit der Umbenennung in „Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik“ wurde auch symbolisch die Bedeutung der Sozialpolitik für die neue Regierung zum Ausdruck gebracht. Um das wichtigste Vorhaben, die Einführung des Kindergeldes, finanzieren zu können, sollen das Haushaltsdefizit vergrößert, spezielle Steuern für Banken und großflächige Supermärkte eingeführt, die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer effektiver gestaltet werden sowie Umverteilungen im Haushalt erfolgen. Den zweiten Schwerpunkt der Regierungserklärung bildeten Ankündigungen zur neuen Wirtschaftspolitik. Hier betonte Szydło vor allem die Stärkung staatlicher Investitionen, die Schaffung staatlicher Anreize für privatwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Investitionen, die effizientere und umfangreichere Nutzung von EU-Mitteln und die steuerliche Entlastung kleinerer einheimischer Unternehmen. Der Wert dieser Investitionen wurde mit einer als

symbolisch bezeichneten Summe von 1 Billion PLN benannt. Ob sich die umfangreichen und kostspieligen Vorhaben der Regierung umsetzen lassen, ist offen. Drittes Thema des Exposés war die Bildungspolitik, die in Zukunft einen dezidiert patriotischen Charakter erhalten soll. Die Schulfächer Geschichte und Polnisch sollen sich verstärkt mit der polnischen Geschichte und mit polnischer Literatur befassen und über die gesamte Schullaufbahn einen Beitrag zur patriotischen Erziehung leisten.

Das ideologische Fundament der PiS-Regierung

Im Anschluss an das Exposé der Ministerpräsidentin ergriff der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, das Wort und hielt eine Rede, die in den Medien als das zweite Exposé der Regierung bezeichnet wurde. Kaczyński unterstrich damit zunächst seine unbestrittene und autoritäre Führungsrolle innerhalb der Partei und damit auch für die Regierung. Darüber hinaus beschrieb er mit seiner Rede das ideologische Programm der Regierung. So benannte er die „Erneuerung und Konsolidierung der nationalen Gemeinschaft“ und den „zivilisatorischen Sprung“ als zentrale Herausforderungen für die neue Regierung. Dies lässt stark darauf schließen, dass Kaczyński und seine PiS das Projekt der umfassenden Erneuerung Polens – zwischen 2005 und 2007 als IV. Republik bezeichnet – nicht aufgegeben haben. Kaczyńskis Vorstellung von Polen wird von einem traditionellen, romantisch eingefärbten Patriotismus und rigidem Antikommunismus bestimmt. Die angestrebte Reform des Staates sei auf der Grundlage von „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ durchzuführen. Die Notwendigkeit für Reformen bei den Kompetenzen der Staatsorgane, in den Medien und der Bildung leitet Kaczyński aus den vermeintlich noch immer existierenden korrupten Strukturen des Staates und dem personellen Fortbestehen der kommunistischen Kader in wichtigen Ämtern und Schlüsselpositionen nach der politischen Wende 1989 ab. Die politischen Gegner der PiS werden damit zu „Kommunisten und Dieben“, die eine wirkliche Gerech-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. CHRISTIAN SCHMITZ
MICHAEL QUAAS

21. Dezember 2015

tigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz verhindern. Kaczynski kündigte in seiner Ansprache daher an, dass die Regierung Reformen durchführen werde, um die Gleichheit wieder herzustellen. Im Sinne der Gerechtigkeit sollten auch Teile der Verfassung geändert bzw. eine komplett neue Verfassung eingeführt werden. Die PiS hatte bereits 2010 einen Entwurf für eine neue Verfassung erarbeitet, diesen aber vor den Parlamentswahlen im Oktober von ihrer Webseite entfernt. Kern des neuen Verfassungsprojektes war ein Präsidialsystem für Polen. Zur Außenpolitik äußerte sich Kaczynski nur vage, dass Polen nicht alle „Muster“ aus dem Ausland übernehmen müsse. Damit ist vor allem eine liberale Minderheitenpolitik gemeint. Der „gesellschaftliche Sprung“ sei auch ohne die Übernahme fremder Ansichten zu erreichen. Die heute in Polen angeblich vorherrschende postmoderne Philosophie, in der es nur Narrative, aber keine Wahrheit gebe, müsse durch Reformen in den öffentlichen Medien gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die mediale Wende wurde dann auch prompt eingeleitet: am 24. November wurde Krzysztof Czabański zum Regierungsbeauftragten für die Reform der öffentlich-rechtlichen Medien ernannt. Während der ersten Regierungszeit der PiS hatte er sich in Aufsichtsräten öffentlich-rechtlicher Sender als Hardliner zu erkennen gegeben, der sich gegen das bestehende Establishment durchsetzen wollte. Czabański kündigte an, dass im öffentlichen Rundfunk mit personellen Änderungen zu rechnen sei. In welchem Umfang die Reform des Rundfunkrechts umgesetzt wird, ist noch offen. Es wurden Umstrukturierungen der Rundfunkräte sowie eine Reform der Finanzierung der öffentlichen Medien angedeutet, die der Partei mehr Einflussnahme ermöglichen sollen. Abgeordnete der PiS äußerten sich zu einer „Repolonisierung“ der privaten Medien, was die Reduzierung des Anteils ausländischer Medien auf dem polnischen Markt zur Folge haben könnte.

Krise des Verfassungsgerichts

Die ersten Maßnahmen zur Machtsicherung richteten sich vor allem auf den Be-

reich der Judikative. So stürzte die Regierung das Verfassungsgericht zwei Tage nach Amtsantritt über einen Streit bezüglich des Besetzungsverfahrens der Kammer in eine Krise, die nun schon über einen Monat andauert. Kern des Streits waren zwei Novellen zum Besetzungsverfahren des Verfassungsgerichts. Die erste wurde von der PO/PSL-Regierung noch im Sommer verabschiedet und ermöglichte der alten Regierung die Wahl von fünf der fünfzehn Verfassungsrichter. Drei der Kandidaten sollten auf Richter folgen, deren Amtszeit in der vorigen Legislaturperiode (November) endete. Zwei der Kandidaten sollten auf Richter, deren Amtszeit in der neuen Legislaturperiode (Dezember) endete, folgen. Nach der Wahl durch den Sejm im Oktober sollten diese Richter von Staatspräsident Duda ernannt werden. Dieser äußerte jedoch Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Berufung und weigerte sich, ihre Ernennung zu vollziehen. Am 19. November wurde eine Novelle der PiS zur Verfahrensweise der Berufung der Verfassungsrichter verabschiedet und im Anschluss vom Staatspräsidenten unterschrieben. Dies ermöglichte eine Neuwahl der Richter. In der Nacht vom 25. auf den 26. November wurden dann die fünf neuen Kandidaten für das Verfassungsgericht gewählt und die im Oktober gewählten Richter somit ersetzt. Da gegen beide Novellen vor dem Verfassungsgericht Beschwerde eingelegt wurde, beriet dieses am 3. Dezember über die Novelle vom Juni 2015 und urteilte, dass diese grundsätzlich verfassungskonform sei. Jedoch sei nur die Wahl von drei Richtern rechtmäßig gewesen, da ihr Amtsantritt in der alten Legislaturperiode erfolgte. Der Präsident müsse deshalb ihre Ernennung nachholen. Die Wahl der beiden Richter, deren Amtsbeginn in der neuen Legislaturperiode lag, sei hingegen nicht konform mit der Verfassung. Erst am 16. Dezember wurde die Entscheidung im Amtsblatt veröffentlicht, doch die PiS und der Staatspräsident weigern sich weiterhin, diese anzuerkennen und umzusetzen. In einer zweiten Sitzung, am 9. Dezember, beriet das Verfassungsgericht über die Gesetzesnovelle der PiS und befand diese

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. CHRISTIAN SCHMITZ
MICHAEL QUAAS

21. Dezember 2015

in Teilen für nicht verfassungskonform. Dabei ging es vor allem um die Gültigkeit der Wahl der Verfassungsrichter. Diese ist laut Verfassung bereits durch den Sejm rechtskräftig und nicht erst durch den Präsidenten. Außerdem habe der Präsident seine Kompetenzen überschritten und sich nicht an die Verfassung gehalten, indem er drei der im Oktober gewählten Richter nicht ernannte. Im Zuge dieser Krise wurde am 17. Dezember ein weiteres Gesetz zum Verfassungsgericht in den Sejm eingebracht. Kritiker sehen dieses als weiteren Versuch der Regierung, das Verfassungsgericht zu schwächen, bzw. ganz zu lähmen. Ein Ausweg aus der Krise ist derzeit noch nicht in Sicht.

Die Rolle des Staatspräsidenten

Der Staatspräsident steht nicht nur wegen seiner Rolle bei der Ernennung der Verfassungsrichter in der Kritik der Öffentlichkeit und der Opposition. Bereits am 16. November hatte Andrzej Duda eine umstrittene Maßnahme durchgeführt, als er den PiS-Politiker und Kandidaten für das Amt des Koordinators der Sicherheitsdienste, Mariusz Kamiński, begnadigte. Kamiński war zwischen 2006 und 2009 Chef der Zentralen Antikorruptionsbehörde und wurde 2010 wegen Kompetenzüberschreitung angeklagt. In erster Instanz wurde er im März 2015 verurteilt, das Urteil war jedoch noch nicht rechtskräftig, da die Berufungsverhandlung noch ausstand. Bevor es zu einem Urteil kam, wurde er noch während des laufenden Verfahrens begnadigt. Von Seiten der PiS war Kamiński der bevorzugte Kandidat für das Amt des Koordinators für Sicherheitsdienste in der Kanzlei der Premierministerin. Ein langfristiges Verfahren vor Gericht oder eine rechtskräftige Verurteilung hätte ihn für mehrere Jahre für die Ausübung öffentlicher Ämter gesperrt. Außerdem hätte er aus formellen Gründen keinen Zugang zu Staatsgeheimnissen und zu den Daten der Sicherheitsdienste mehr gehabt. Duda begründete sein Handeln damit, dass er die Gerichte entlasten wollte. Kritiker werfen ihm hingegen vor, dass eine Begnadigung ohne rechtskräftiges Urteil

nicht legal und rein politisch motiviert sei. Überdies habe der Präsident unberechtigt in den Bereich der Judikative eingegriffen.

Der Kurs in der Außenpolitik

Derzeit liegt das Hauptaugenmerk der neuen Regierung klar auf den innen- und sozialpolitischen Vorhaben. Bezüglich der Außenpolitik gab es bisher nur wenige Aussagen und keine greifbaren Maßnahmen, die einen grundlegenden Kurswechsel gegenüber der EU oder Deutschland andeuten würden. In Zukunft werden die gleichen Meinungsunterschiede zwischen Deutschland und Polen in Sachfragen bestehen, wie es sie auch unter der PO-Regierung gab. Das sind zum einen die Haltung gegenüber Russland und zum anderen der Umgang mit der Flüchtlingsproblematik. Auch in Energie- und Klimafragen wird es weiterhin unterschiedliche Vorstellungen geben, die zu Missverständnissen führen, wenn sie nicht offen kommuniziert werden. Spürbar ist eine härter gewordene Sprache, gerade gegenüber Deutschland. So wurde der neue Außenminister Waszczykowski, noch als Kandidat, mit den Worten zitiert, Polen werde zukünftig kein „Vasall“ Berlins mehr sein. Auch die Aussage des Innenministers Błaszczak, der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, habe aufgrund seiner deutschen Nationalität keine Solidaritätsforderungen an Polen zu stellen, fiel durch brüskten Ton auf. Sprachliche Hemmungen fielen in den vergangenen Wochen immer dann, wenn sich deutsche Politiker kritisch gegenüber Maßnahmen der PiS-Regierung äußerten. Auch das Wort des EU-Parlamentspräsidenten vom „Staatsstreich“, bezogen auf die Verfassungsgerichtsfrage, führte zu heftiger Kritik von Seiten der PiS-Politiker. In der Europapolitik der neuen Regierung deutet derzeit alles darauf hin, dass es gegenüber der EU einen pragmatischen, nationale Interessen verteidigenden Kurs geben wird. Beata Szydło beschrieb in ihrem Exposé die Bedeutung der EU für Polen so: „Wir schätzen alles, was uns die Zugehörigkeit zur Europäischen Union bringt. Deshalb werden wir daran arbeiten, die Effektivität

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. CHRISTIAN SCHMITZ
MICHAEL QUAAS

21. Dezember 2015

tät der Tätigkeit der EU zu erhöhen[...].“ Polen wird weiter Mitglied der EU bleiben, seine Interessen aber mit lauter Stimme zu behaupten versuchen. Es steht zu erwarten, dass sich der außenpolitische Fokus nach Osten wenden wird. Dies deutete u.a. die erste Auslandsreise des Staatspräsidenten im Sommer ins Baltikum sowie seine jüngste Reise in die Ukraine an. Auch Szydło betonte die Bedeutung der östlichen Region, womit die Länder zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gemeint sind, für die neue Regierung. Polen wird in dieser Region in den nächsten Jahren eine Führungsrolle anstreben und sich dabei vor allem auf die gemeinsamen Sicherheitsinteressen gegenüber Russland stützen. Ob dieser Führungsanspruch sich aber wird durchsetzen lassen und sogar in ein neues Format der Zusammenarbeit münden wird, sei derzeit dahingestellt.

Die Situation der Opposition

Seitdem die PO die Wahlen verloren hat, setzt sich ihre Dauerkrise fort. Die Partei hat es noch nicht vermocht, die Führung neu zu bestimmen, sich als Opposition zu finden und einen Prozess der inneren Erneuerung einzuleiten. Die Wahlen für die Spitzenposition sind erst für Januar/Februar anberaumt. Es sind Befürchtungen nicht auszuschließen, dass die PO als Oppositionspartei zu wenig zu spät erreichen wird, dass sie sich spalten oder gar in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wird. Im Gegensatz zur PO positioniert sich derzeit die wirtschaftsliberale Bewegung Nowoczesna (Moderne) unter Ryszard Petru als führende Oppositionspartei. Petru stützt sich dabei auf die Proteste gegen die PiS-Regierung sowie auf die weiterhin existierende Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment. In den jüngsten Parlamentswahlen bekam die Partei von Petru 7,6 % der abgegebenen Stimmen und hat inzwischen in den Umfragen die Bürgerplattform überholt. Laut einer CBOS-Umfrage vom 10. Dezember würden sich 21% der Wähler für Nowoczesna und nur 15% für die PO entscheiden. Ob sich die Nowoczesna weiterhin behaupten oder sogar ihren Einfluss ausbauen kann,

hängt auch maßgeblich davon ab, wie die PO aus ihrer derzeitigen Krise hervorgehen wird.

Ausblick

Der nach ihrem Regierungsantritt schnell deutlich gewordene, unverhohlene Plan der PiS, Polen nach ihren Vorstellungen innerlich umzugestalten, wird die immer noch junge Demokratie vor große Herausforderungen stellen. Sie werden die traditionelle Teilung der polnischen Gesellschaft in ein nationalkonservatives und ein liberal-bürgerliches Milieu vertiefen und verschärfen. Dabei ist das Ende der von PiS begonnenen Reformen noch nicht absehbar und die Proteste einer selbstbewusst gewordenen Zivilgesellschaft gegen die Politik der inneren Veränderungen haben gerade erst begonnen und nehmen an Deutlichkeit zu. Diese Proteste treten für freiheitliche europäische Werte ein, für die Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung und des Rechtsstaates. Dass es in Polen zu einem grundsätzlichen Wandel des Rechtsstaates kommen wird, wie manche Beobachter meinen, ist angesichts des anwachsenden zivilgesellschaftlichen Protestes derzeit noch nicht zu befürchten. In einer TNS-Umfrage von Mitte Dezember stehen bereits 58% der Befragten den Aktivitäten der Regierung kritisch gegenüber. Auch verlor PiS in den Umfragen seit Anfang Dezember 15 Prozentpunkte an Zustimmung (von 42% auf 27%) und der Unmut hat sich auch in den sozialen Netzwerken niedergeschlagen, wo die Gruppe „Komitet Obrony Demokracji“ (Komitee zur Verteidigung der Demokratie) bereits über 70.000 Mitglieder hat. Schon am 12. Dezember konnte diese Gruppe allein in Warschau 50.000 Menschen mobilisieren, um gegen die Politik der neuen Regierung zu demonstrieren. Für die Zukunft sind weitere Demonstrationen in ganz Polen geplant. Die Frage ist, ob sich die PiS von dem wachsenden Widerstand wird beeindrucken lassen und ihren Kurs mäßigt oder ob sie weiter offensiv vorgehen und die Spannungen weiter befeuern wird. Dann droht vielleicht nicht, wie es der ehemalige Staatspräsident Lech Wałęsa befürchtet, ein „Bürgerkrieg“, aber tiefe

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. CHRISTIAN SCHMITZ
MICHAEL QUAAS

21. Dezember 2015

gesellschaftliche Verwerfungen wären die Folge. Auch außenpolitisch ginge für Polen viel von dem verloren, was das Land in den letzten Jahren ausgezeichnet hat, nämlich Berechenbarkeit, auch bei Meinungsverschiedenheiten, und Augenhöhe mit den europäischen Partnern. Doch wie hieß es schon oft in der polnischen Geschichte: „Noch ist Polen nicht verloren!“

Anhang: Liste der Regierung Szydło**Beata Szydło**

Ministerpräsidentin

PiS

Mateusz Morawiecki

Vizepremierminister und Minister für Entwicklung

Parteilos

Dr. Jarosław Gowin

Vizepremierminister und Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen

Polska Razem

Prof. Dr. Piotr Gliński

Vizepremierminister und Minister für Kultur und nationales Erbe

PiS

Dr. Witold Waszczykowski

Außenminister

PiS

Paweł Szałamacha

Finanzminister

Parteilos

Krzysztof Jurgiel

Minister für Landwirtschaft und Entwicklung der ländlichen Regionen
PiS

Mariusz Błaszczak

Minister für Inneres und Verwaltung
PiS

Dawid Jackiewicz

Minister für Staatsvermögen
PiS

Antoni Macierewicz

Minister für Nationale Verteidigung
PiS

Zbigniew Ziobro

Justizminister

Solidarna Polska

Witold Bańka

Minister für Sport und Tourismus
Parteilos

Elżbieta Rafalska

Ministerin für Familie, Arbeit und Soziales
PiS

Marek Gróbarczyk

Minister für Seewirtschaft und Binnenschifffahrt
PiS

Prof. Dr. Jan Szyszko

Umweltminister
PiS

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. CHRISTIAN SCHMITZ
MICHAEL QUAAS

21. Dezember 2015

Dr. Kostanty Radziwiłł

Gesundheitsminister
Parteilos

Anna Streżyńska

Ministerin für Digitalisierung
Parteilos

Anna Zalewska

Ministerin für nationale Bildung
PiS

Andrzej Adamczyk

Minister für Infrastruktur und Bauwesen
PiS

Mariusz Kamiński

Geheimdienstkoordinator
PiS

Krzysztof Tchórzewski

Energieminister
PiS

Minister in der Kanzlei der**Ministerpräsidentin:****Konrad Szymański**

Minister für europäische Angelegenheiten
im Range eines Staatssekretärs
PiS

Adam Lipiński

Minister für Beziehungen zum Parlament
PiS

Minister ohne Geschäftsbereich:**Beata Kempa**

Leiterin der Kanzlei der
Ministerpräsidentin
Solidarna Polska

Henryk Kowalczyk

Leiter des ständigen Ausschusses des
Ministerrates
PiS

Elżbieta Witek

Sprecherin des Ministerrates
PiS